

Montag (Vormittag), 12. September 2017

Polizei- und Militärdirektion

45 2017.RRGR.76 Motion 027-2017 glp (Rudin, Lyss)
Taxigewerbe: Konkurrenz ermöglichen

Fortsetzung

Präsidentin. Ich begrüsse Sie ganz herzlich zum heutigen, langen Sessionstag. Wir setzen Debatte zu Traktandum 45 fort, Taxigewerbe: Konkurrenz ermöglichen. Die Regierung ist bereit, diese Motion als Postulat bei gleichzeitiger Abschreibung anzunehmen. Die Fraktionsvoten haben wir bereits gehört. Wir führen eine freie Debatte und als nächster Einzelsprecher hat Grossrat Benoit das Wort. Ich bitte Sie, Ihre Gespräche nun zu beenden. Und wenn der Lärmpegel auf den üblichen Rahmen sinkt, starten wir mit der Debatte. – *(Die Präsidentin läutet die Glocke.)*

Roland Benoit, Corgémont (SVP). Dans cette motion, il s'agit de libéraliser le commerce de transport des personnes privées. On a beaucoup parlé hier de la loi sur le travail, moi je viens ici pour vous parler plutôt de la loi sur la circulation routière. En effet, les chauffeurs de taxi sont soumis à un examen professionnel, qui s'appelle le BPT Berufsmässiger Personentransport. Ils sont soumis à un examen théorique, à un examen pratique, et tous les trois ans à partir de 60 ans – avant, c'était tous les cinq ans – ils sont soumis à un examen médical. Donc, si l'on ouvre la possibilité à des transporteurs privés, des sociétés comme Uber, on crée une inégalité de traitement. En effet, les chauffeurs professionnels sont soumis à cette loi sur la circulation routière et il y a une inégalité de traitement entre les chauffeurs de taxi professionnels et les autres. Pour ces raisons, je vous recommande de refuser cette motion et de l'adopter, comme le gouvernement, uniquement comme postulat.

Natalie Imboden, Bern (Grüne). Mit Erstaunen habe ich diese Debatte über das Taxigewerbe und damit auch über das System Uber gestern verfolgt. Die Euphorie der EDU und der glp über das neue Marktmodell von Uber, das man unter Uber-Freiheit subsumieren kann, hat mich doch sehr erstaunt. Wir Grünen stehen neuen Technologien und auch neuen Modellen sehr offen gegenüber, beispielsweise dem Teilen von Autofahrten, wie das Mobility seit 20 Jahren macht, sowie dem Car-sharing, Carpooling und Mobilitätsplattformen. All das befürworten wir auch mit technologischer Unterstützung, um den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Aber damit hat das Modell Uber rein gar nichts zu tun und auch die Liberalisierung des Taxigewerbes nicht.

In der Stadt Zürich fährt kein einziges Auto weniger, seit 1000 Fahrer zusätzlich für Uber fahren. Das ist eine Marktüberhäufung und nicht eine Reduktion. Das Taxifahren wurde sogar noch attraktiver gegenüber dem ÖV. Auch das kann nicht unser Modell sein.

Ich möchte hier noch zwei Aspekte betonen. Der eine richtet sich an Grossrat Rudin, der gestern sagte, in die Stadt Bern wolle Uber von sich aus nicht, und jetzt soll doch hierbei der Grosse Rat übersteuern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das soll in der Stadt Bern geschehen, wo Stadtregierung und Stadtparlament vor einigen Monaten ein Taxireglement verabschiedet haben und wo im Moment Uber tatsächlich der Markteintritt nicht möglich ist, weil sich Uber nicht an die Bedingungen hält. Das war eine demokratische Entscheidung, und diesen gilt es zu respektieren. Notabene ist der Stadtberner Taxichef Reto Nause, seines Zeichens CVP-Mitglied, der politisch harte Gemeinderat. Hier ist meines Erachtens die Berücksichtigung der kommunalen Interessen durch den Grossen Rat

richtig.

Über hat mit seinem Markteintritt in der Schweiz das Potential eines digitalen Modells leider total diskreditiert. Statt eine Chance zu nutzen, haben sie ihr Modell auf Scheinselbstständigkeit abgestützt. Das digitale Prekariat kann nicht unsere Lösung sein. Das ist nicht diejenige Digitalisierung, die wir meinen. Wenn die Fahrerinnen und Fahrer von Uber von der SUVA, von den Sozialversicherungsabteilungen der öffentlichen Hand und auch von namhaften Juristen nicht als selbständig anerkannt werden, dann zeigt das doch das Problem. Die Fahrerinnen und Fahrer können davon nicht leben. Sie sind sozialversicherungsrechtlich nicht abgestützt. Wir als Grosser Rat haben das öffentliche Interesse zu vertreten und deshalb ist Folgendes wichtig: Wenn Uber keine Sozialversicherungen bezahlt – und das tut das Unternehmen gegenwärtig nicht –, dann haben wir ein Problem, weil dann gewisse Leistungen auch nicht finanziert sind. Wenn man weiss, dass Uber Technologies, als eines der grössten Unternehmen im Silicon Valley, 70 Mrd. US-Dollar wert ist, dann ist doch richtig, dass hier auch Steuern bezahlt werden. Fazit: Uber abschreiben!

Daniel Hügli, Biel/Bienne (SP). Tatsächlich können solche neuen Geschäftsmodelle für die Benützenden interessant sein, und auch Apps haben ein gewisses Potenzial, das allen etwas bringen kann. Nun zeichnet sich ein Postulat ab, und das ist überflüssig, weil der liberale Regierungsrat dieses Anliegen bereits geprüft hat. Er ist zum Schluss gekommen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht angepasst werden müssen und der Kanton Bern beim Arbeitsgesetz ohnehin nichts zu sagen, sondern es nur umzusetzen hat. Deshalb könne man das ebenso gut ablehnen wie abschreiben. Dann ist es vielleicht umso wichtiger, die Rahmenbedingungen genauer zu betrachten. Und dabei wäre es gut, sich an die traditionelle Schweizer Sozialpartnerschaft zu erinnern: Wenn Grosskonzerne in der Schweiz tätig sein wollen, dann müssen sie mit ihren Chauffeuren und Chauffeuren sowie mit ihren Gewerkschaften an einen Tisch sitzen, damit sie Lösungen finden können. Somit ist das Postulat ebenfalls überflüssig. Wir lehnen es ab und allenfalls schreiben wir es ab.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Danke für diese Diskussion. Ich habe auch aufmerksam zugehört, was die Herren Grossräte Kullmann und Köpfli über die Digitalisierung und ihre Chancen berichtet haben. Vielleicht können Politik und Vorschriften der Geschwindigkeit der Digitalisierung nicht immer folgen, aber immerhin haben wir uns erst in der letzten Märzsession mit der Digitalisierung beschäftigt, wie der Antwort der Regierung zu entnehmen ist. Bei der Behandlung der Motion 189-2016 von Frau Grossrätin de Meuron wurde hier im Grossen Rat ein Bericht zur Digitalisierung und ihren Chancen und Herausforderungen präsentiert. Man ist sich somit auch in der Regierung sehr wohl bewusst, dass die Digitalisierung eine Herausforderung ist.

Nun mache ich noch einen Rückblick auf die Taxisituation in der Vergangenheit. Früher war das Taxigewerbe mittels Konzessionen sehr stark reguliert, und unsere Taxihalter waren ähnlich unterwegs, wie die heutigen in Japan, nämlich mit einer Krawatte und einem sauber geputzten Taxi. Die meisten beherrschten auch die deutsche Sprache und haben die gesuchten Strassen jeweils gefunden.

Vor etwa zehn Jahren hat man eine grosse Deregulierung vorgenommen, und wie die Situation heute ist, hat Grossrat Siegenthaler gestern überzeugend dargestellt. Es entspricht dem, was ich früher als Stadtpräsident in Langenthal auch erlebt habe. Wir alle wissen, dass das Taxigewerbe heute nicht wahnsinnig gut funktioniert, häufig nicht die Qualität hat, die wir möchten und dass Taxihalter auch nicht reich werden. Viele Taxihalter und -fahrer leben am Existenzminimum. Das ist eine Realität. Ich bin Grossrat Peter Siegenthaler für seine ungeschminkte Darstellung dankbar.

Wenn man nun im Hinblick auf die Digitalisierung und auf Uber einen weiteren Schritt in Richtung Deregulierung und der Möglichkeit, eine Bewilligung zu erhalten, gehen will, dann muss man auch die Bestimmungen für das traditionelle Taxigewerbe lockern. Es geht ja nicht, dass die einen mehr dereguliert sind als die anderen.

Grossrat Haas hat in seinem Votum über die Taxiverordnung einen interessanten Aspekt erwähnt. Er ist denkbar: Wenn man das so möchte, müsste der Grosse Rat den Vorstoss als Postulat überweisen und nicht abschreiben. Dann müssen wir uns noch einmal mit der Situation befassen. Dazu bin ich bereit. Mir scheint, es müsste eine faire Auseinandersetzung mit den bisherigen Taxiunternehmen geben. Zudem müsste man aufzeigen, welche Möglichkeiten die Digitalisierung mit Apps hat und wie man diese richtig anwendet. Danach können wir eine entsprechende Verordnung erlassen, die allen gerecht wird.

Präsidentin. Nun hat der Motionär das Wort.

Michel Rudin, Lyss (glp). Diese Digitalisierung öffnet ganz neue Gräben. Die EDU ist plötzlich viel progressiver als die SP. Das hätte ich nicht erwartet, und das freut mich. Offensichtlich ist das ein Thema, das inhaltlich noch nicht so besetzt ist wie andere. Hier gibt es wohl in Zukunft eine gewisse Dynamik. Wie wir von Herrn Kullman gehört haben, werden wir wohl irgendwann doch noch in einem TGV unterwegs sein und nicht einfach nur in einer Dampfmaschine.

René, der Taxifahrer, wurde gestern von Herrn Siegenthaler erwähnt, er ist offensichtlich sein Lieblingstaxifahrer. Aber René würde viel mehr profitieren, wenn er eine App hätte. Denn bei 50 Leuten muss man zuerst alle durchprobieren, bis man herausfindet, wer René ist. Bei Uber ist das nicht so. Da hat man eine App und weiss, René ist super, und plötzlich hat er noch viel mehr Kunden und weiss gar nicht mehr, wie er alle Anfragen bewältigen kann. Dorthin müssen wir kommen.

Auch mit Erstaunen habe ich mich gefragt, weshalb Sie eigentlich wissen, was die Kunden wollen? Hier macht sich der alte Konsumentenvertreter bemerkbar, der ich früher beim Konsumentenforum war. Kunden sollen selber entscheiden können, wie sie unterwegs sein wollen. Es gibt sehr viele, die das tun wollen. Aber offensichtlich besteht bei der SP und den Grünen die Meinung, dass sie es besser wissen als die Nutzenden.

Noch etwas zum demokratischen Seitenhieb von Grossrätin Imboden. Ja, ich finde, hier sollten wir die Stadt Bern übersteuern. Dazu stehe ich, weil das kantonbernische Gesetz auch der Stadt übergeordnet ist. Und wenn jemand den Konsumenten etwas vorschreiben will, dann ist es legitim, wenn wir diesen Markt auch in wirtschaftlicher Hinsicht öffnen.

Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass Regierungsrat Käser findet, wenn es so ist, wie Grossrat Haas sagt, dann soll man das wirklich aufgrund eines Postulats prüfen: ein schöner Steilpass. Diesen nehme ich gerne an, wandle in ein Postulat und bitte Sie, nicht abzuschreiben. Dann kann man das noch einmal angehen. Und noch ganz zuletzt: In dieser Debatte wurde immer von Uber gesprochen. Das ist aber gar nicht der Punkt. Sprechen Sie einmal mit Nova-Taxi, das wäre vielleicht auch eine Aufgabe für den Regierungsrat. Nova-Taxi will das auch, und das sind Berner. Es ist also nicht einfach ein Gesetz für eine Firma. Wir kommen wieder, und irgendwann können wir das den Konsumenten in Bern auch ermöglichen.

Präsidentin. Wir stimmen nun also über ein Postulat ab. Traktandum 45, Taxigewerbe – Konkurrenz ermöglichen. Wer diesen Vorstoss als Postulat annimmt, stimmt ja, wer es ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme als Postulat

Ja	103
Nein	34
Enthalten	1

Präsidentin. Sie haben das Postulat angenommen. Die Regierung hat gleichzeitige Abschreibung beantragt. Darüber haben wir diskutiert. Wer dieser Abschreibung zustimmt, stimmt ja, wer sie ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung (Abschreibung als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung der Abschreibung

Ja	47
Nein	90
Enthalten	1

Präsidentin. Sie haben die Abschreibung abgelehnt.

